

14.39

**Bundesrat Thomas Schererbauer** (FPÖ, Oberösterreich): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Bundesministeriums für Familien und Jugend zu den Vorhaben der Europäischen Union 2016 liegt uns nun vor.

Inhaltlich betrachtet ist der vorliegende Bericht, wie auch schon die Berichte der letzten beiden Jahre, dem des Vorjahres sehr ähnlich. Es geht um die Bereiche der EU: „Arbeitsplan Jugend 2016 bis 2018“, „Beratungsstelle Extremismus“, „Implementierung von ERASMUS+: JUGEND IN AKTION“ und „Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Ich möchte kurz auf das „Jugendscreening“ eingehen. Die Ziele des Jugendscreenings sind: „... der Verwaltung die Anforderungen einer modernen Jugendpolitik und die Diversität der Zielgruppe Jugend zu vermitteln, Aufgaben und Aktivitäten der außerschulischen Jugendarbeit bekannt zu machen, Strukturen der jugendpolitischen Stakeholder“ – Interessenvertreter – „aufzuzeigen und somit die jugendpolitische Koordination zu verbessern.“ – Dies erfordert unterschiedlichste Aktivitäten. Meine Frage dazu ist: Welche konkreten Maßnahmen wurden in diesem Zusammenhang mit welcher Auswirkung im letzten Jahr gesetzt?

Im Zusammenhang mit dem Jugendscreening ist auch der mit dem neuen Haushaltsrecht ab 1. Jänner 2013 eingeführte Jugend-Check zu sehen.

„Durch die Verordnung sind alle Ministerien verpflichtet, Gesetzesvorhaben vorab auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche zu überprüfen. Damit wird das Bewusstsein für die besonderen Anliegen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen geschärft. Der Jugend-Check soll die übliche Erwachsenenperspektive erweitern und langfristig eine noch kinderfreundlichere Gesellschaft in Österreich ermöglichen.“ – Da wäre meine Frage: Gibt es hier bereits eine Evaluierung über die Erreichung der jeweiligen Wirkungsziele in den einzelnen Ressorts? (*Zwischenruf des Bundesrates Schennach.*)

Beim Thema Jugendarbeit ist die Rede von relevanten Veranstaltungen und Aktivitäten des Ministeriums, der Länder et cetera, bei denen das „Jahr der Jugendarbeit“ und dessen Botschaft vermittelt wird. – Welches Ziel steckt hinter dem „Jahr der Jugendarbeit“ mit welchem Mehrwert für die in die Jugendarbeit involvierten Personen?

Ich möchte auch noch kurz die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt streifen. In diesem Bericht ist einmal mehr von einem Appell zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit die Rede.

Österreich hat hier laut Bericht eine „vergleichsweise sehr gute Position“ in Europa, insbesondere wegen des Systems der dualen Berufsausbildung. Außerdem gebe es in Österreich seit Längerem eine Ausbildungsgarantie. Trotz Ausbildungsgarantie schaut der Lehrstellenmarkt nicht gerade rosig aus.

Die Anzahl der Lehrbetriebe ist weiter stark rückläufig. Allein in den letzten drei Jahren reduzierte sich die Zahl der Lehrbetriebe um rund 14 Prozent. Bildeten bis zum Stichtag 31. Dezember 2012 noch 35 137 Betriebe Lehrlinge aus, waren es mit Ende 2015 nur noch 30 269. Die Anzahl der Lehrstellensuchenden lag im Jahr 2011 bei 3 959 und stieg unaufhaltsam weiter. Im Februar 2015 gab es bereits 5 303 Lehrstellensuchende. Diese Zahl erhöhte sich nunmehr entsprechend den Arbeitsmarktdaten des AMS aus dem Februar 2016 um weitere 8,7 Prozent auf derzeit 5 767 Lehrstellensuchende.

Vergleicht man dazu die Entwicklung der Anzahl der offenen Lehrstellen, so zeigt sich, dass diese Zahl der zunehmenden Anzahl von Lehrstellensuchenden bei Weitem nicht standhalten kann und aktuell nur noch bei 3 383 liegt. Das ergibt eine Lehrstellenlücke von derzeit 2 384.

Zur Beratungsstelle Extremismus: Seitens des Bundesministeriums wird das auch 2016 wieder gefördert. Das ist eine sehr gute Sache. Extremismus gehört in jedem Fall bekämpft und hat in unserer Gesellschaft absolut nichts verloren. Das möchte ich ganz dezidiert hier erklären. *(Demonstrativer Beifall des Bundesrates Stögmüller.)*

Nur habe ich den Eindruck, dass man dabei auf einem Auge ein bisschen blind ist, denn es ist ausschließlich von Rechtsextremismus die Rede, der völlig zu Recht bekämpft wird. Ich komme gleich auch noch auf eine Plattform zu sprechen. Es gibt aber auch Linksextremismus in diesem Lande, der bekämpft werden muss. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit sehen müssen, dass es so etwas auch hier gibt.

*(Zwischenruf des Bundesrates Stögmüller.)* – David, schau einmal auf die Homepage AKS, Aktion Kritischer Schüler! Das ist nur ein Beispiel. Da wird die FPÖ in ganz fürchterlicher Art und Weise dämonisiert und als ganz schlimm hingestellt. Das ist ein gefördertes Projekt. Als Menschenfreund, sage ich jetzt einmal, tut mir das schon ein bisschen weh, wenn ich das lese. Aber ich wünsche mir diesbezüglich ein wenig mehr Objektivität. Faktum ist, dass Extremismus in beiden Formen ganz klar zu bekämpfen ist. Ich glaube, da sind wir hier im Hohen Haus absolut einer Meinung.

Zur Förderung der Gesundheit junger Menschen heißt es im Bericht: „Das Kompetenzzentrum Jugend im Bundesministerium für Familien und Jugend ist daher in einigen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Maßnahmen und Aktivitäten aktiv, wie z.B. bei den Rahmengesundheitszielen der Österreichischen Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie. In Zusammenarbeit mit mehreren Ressorts ist es dabei ein Anliegen, den ‚Health in All Policies‘ Ansatz verstärkt wahrzunehmen und zu etablieren.“ – Was heißt dies konkret? Welche konkreten Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang gesetzt?

Ein weiterer Schwerpunkt soll sich dem Thema Essstörungen widmen. Hier ist an einen Workshop gedacht. – In welcher Form möchte man da die Jugendlichen erreichen?

Die Implementierung von Erasmus+ ist als sehr lobenswert zu erwähnen. Circa eine Million Menschen sind in dem Projekt dabei, 4 500 aus Österreich.

Trotz vieler guter Ansätze gibt es doch noch einige offene Fragen und Verbesserungen. Daher werden wir diesem Bericht keine positive Beurteilung geben. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

14.46

**Präsident Josef Saller:** Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Ing. Pum. – Bitte.